ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Behr, Patrick

Article — Published Version

Bankenkrise: Die Ratingagenturen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Behr, Patrick (2008) : Bankenkrise: Die Ratingagenturen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 88, Iss. 10, pp. 628-, https://doi.org/10.1007/s10273-008-0848-9

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/43063

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DOI: 10.1007/s10273-008-0848-9

Patrick Behr

Bankenkrise: Die Ratingagenturen

Ratingagenturen werden seit dem Ausbrechen der Finanzkrise massiv kritisiert. Ihnen werden vor allem zu gute Bewertungen der mit Subprime-Krediten unterlegten Verbriefungsstrukturen, die in den Portfolios vieler Banken weltweit gelandet sind, vorgeworfen. Die zu guten Bewertungen seien zustande gekommen, weil die Ratingagenturen die Banken gleichzeitig bei der Verbriefung beraten und Ratings vergeben hätten. Kritiker behaupten, dass sich dadurch die Krise erst ausbreiten konnte, weil ohne die guten Bewertungen Banken wie z.B. die Sachsen LB oder die IKB die Wertpapiere, deren Werte im Verlauf der Krise drastisch sanken und die zu horrenden Verlusten bei beiden Instituten und vielen anderen Banken geführt haben, gar nicht erst gekauft hätten. Deshalb wurden Forderungen aus der Politik laut, die Ratingagenturen (besser) zu regulieren. Die deutsche Bundeskanzlerin preschte gar mit dem Vorschlag vor, eine europäische Ratingagentur zu gründen, als Gegengewicht zu den drei den Markt dominierenden US-amerikanischen Ratingagenturen Fitch, Moody's und Standard & Poor's.

Derartige Forderungen sind jedoch weder differenziert noch gut durchdacht. Beispielsweise ist unklar, wer die Regulierung von Ratingagenturen übernehmen sollte. Da die führenden Agenturen global operieren, würde sich eine Organisation wie der Internationale Währungsfonds anbieten. Dieser müsste allerdings erst die notwendige Kompetenz aufbauen. Zudem ist unklar, auf welcher Basis Ratingagenturen kontrolliert werden sollten. Um beurteilen zu können, ob (absichtlich) zu gute Ratings vergeben wurden, müsste eine allgemeingültige Benchmark entwickelt werden, mit der die vergebenen Ratings verglichen werden könnten. Fraglich ist, wer eine solche Benchmark auf welcher Basis entwickeln sollte und welche Vorteile die Schaffung einer europäischen Ratingagentur mit sich bringen würde. Sollte diese Ratingagentur nur Ratings für europäische Unternehmen vergeben und sollten die Ratings der amerikanischen Ratingagenturen gleichzeitig verboten werden?

Grundsätzlich ist es nicht von der Hand zu weisen, dass die Ratingagenturen zur Verbreitung der Krise beigetragen haben. Dies liegt vor allem daran, dass Investoren teilweise gar keine andere Wahl haben, als den Ratingurteilen zu folgen. Ob die Ratingurteile jedoch absichtlich zu gut waren und die Ratingagenturen Fehlverhalten an den Tag legten, lässt sich noch nicht abschließend beurteilen. Nichtsdestotrotz stellt sich die Frage, was getan werden könnte und sollte, damit sich Ähnliches in Zukunft nicht wiederholt.

Drei Vorschläge hierzu: 1. Die Macht der Ratingagenturen sollte beschnitten werden. Ein grundsätzliches Problem ist, dass die Ratings fest in regulatorischen Vorschriften (z.B. Basel II, Investitionsrichtlinien) verankert sind. Darauf basiert die Macht der Ratingagenturen und die Bedeutung der Ratings. Wenn diese beschnitten wird, dann werden Investoren auch nicht mehr strikt den Ratingurteilen folgen und bessere Modelle als Basis für Investitionsentscheidungen verwenden. 2. Beratungsleistungen durch Ratingagenturen bei gleichzeitiger Vergabe von Ratings sollten verboten werden. Wenn eine Ratingagentur gleichzeitig bei der Strukturierung von Finanzprodukten berät und die fertigen Produkte bewertet, besteht die Gefahr, dass die Ratings zu gut geraten. Diese Gefahr sollte vermieden werden. 3. Verbindliche Regulierungsstandards und eine internationale Regulierungsbehörde für international tätige Ratingagenturen sollten geschaffen werden. Die bestehenden, unverbindlichen Verhaltenskodizes sollten durch verbindliche Regulierungsstandards ersetzt werden. Insbesondere sollte die Regulierungsbehörde einen detaillierten Einblick in die Ratingverfahren erhalten, da diese von den Ratingagenturen nicht offengelegt werden und es somit unmöglich ist, die Qualität der Ratingurteile zu überprüfen.

Es wäre jedoch weder fair noch richtig, die Hauptschuld an der Misere bei den Ratingagenturen zu suchen. Erstens waren es die Banken, die en masse Subprime-Kredite vergaben. Zweitens waren es auch (einige) Banken, die diese Kredite verbrieft und an Investoren weitergereicht haben. Drittens haben die Banken allein entschieden, in welche Wertpapiere sie investierten und inwiefern sie an Chancen und Risiken verbriefter Subprime-Kredite teilhaben wollten. Die Ratingagenturen haben durch ihre Ratings dabei allenfalls Beihilfe geleistet. Daher sollte die Rolle der Ratingagenturen in der aktuellen Finanzkrise zwar keinesfalls verharmlost aber genausowenig überbewertet werden.

Patrick Behr ist wissenschaftlicher Assistent in der Abteilung Finanzen an der Goethe Universität in Frankfurt
behr@finance.uni-frankfurt.de